

Protokoll Workshop 2: Humboldt in der Massenuniversität?

Mit Ingrid Lohmann (Fakultät EW, Prof. für Ideen- und Sozialgeschichte der Erziehung)

EINLEITENDER INPUT

Infragezustellen, dass es möglich sei, Humboldts Bildungsverständnis in Massenuniversitäten umzusetzen, sei so, als würde man behaupten, Demokratie ginge nicht mit vielen Menschen.

Es wird darauf hingewiesen, dass in Humboldts Bildungskonzept nicht nur die viel zitierten Momente „notwendige Freiheit und hilfreiche Einsamkeit“ zentral waren. Humboldt selber vertrat, dass es immer auch um **Gemeinsamkeit** und **gemeinsames Tun** bzw. **gemeinschaftliches Zusammenwirken**, um die **gemeinsame Aneignung der Wissenschaft** geht (1809: Litauischer Schulplan).

Erst die apolitische, individualisierende und enthistorisierende Rezeption Humboldts Anfang des 20. Jahrhunderts (Spranger) brachte hervor, dass jener fortan auf die Formel „Einsamkeit und Freiheit“ reduziert wurde. Dies schlug sich auch im von Schelsky (1963) vertretenen Bild und der von ihm vorangetriebenen Gestaltung der Universität (Bielefeld) nieder.

Eine individualisierende Interpretation des Humboldt'schen Bildungsgedankens ginge jedoch fehl: Bei Humboldt war die Universität als Bildungseinrichtung konzipiert, die die zukünftigen leitenden Staatsbeamten als Administratoren des Gemeinwesens hervorbringen sollte.

Vor dem Hintergrund der Situation in Preußen um 1800 – Königsherrschaft, keine Presse- und Meinungsfreiheit – war ein wichtiger Bezugspunkt für Humboldt u.a. das Gesellschaftsbild Rousseaus (1762), dem die Idee der *volonté générale* zugrunde lag.

Die Zielsetzung bestand in der Erziehung des Einzelnen so, dass er als erwachsener Mensch und Staatsbürger (*citoyen*) in der Lage sein würde, sich an der gemeinschaftlichen Erzeugung des allgemeinen Willens, der Gesetzgebung, zu beteiligen.

Humboldts Bildungs- und Universitätskonzeption folgte insofern republikanischem Gedankengut, sie war antiständisch, antifeudal und antiklerikal, mithin gegen die gegebenen gesellschaftlichen Ordnungsstrukturen gewendet. Dieses Moment der kritischen Auseinandersetzung bis hin zur Infragestellung des Gegebenen war für den klassischen modernen Bildungsbegriff konstitutiv.

Was ist nun, wenn Humboldt auf die Massenuniversität trifft?

In diesem Zusammenhang ist folgendes zu debattieren:

- Wir haben es heute nicht mehr nur mit Nationalstaaten zu tun (Zeitalter der Globalisierung + Klimawandel). Das Problem: Die politischen Institutionen, um sich als „Weltbürger“ an der demokratischen Gestaltung des Globus zu beteiligen, sind derzeit nicht oder nur höchst unzureichend vorhanden; auch die Universitäten sind nicht in vollem Umfang auf diese Belange ausgerichtet.
- Zugleich muss dem Umstand Rechnung getragen werden, dass diejenigen, die heute an den Unis studieren, darauf angewiesen sind, mit dem, was sie dort gelernt haben, ihren Lebensunterhalt zu verdienen.
- In der Konsequenz von „Humboldt an der Massenuniversität?“ heißt das, dass die Bildung des „Staats-“ bzw. „Weltbürgers“ und die Ausbildung des „Erwerbsbürger“ zusammengebracht bzw. verbunden werden müssen.
- Ohne eine besondere Verantwortung der akademisch-universitär Gebildeten für die globale Gemeinschaft wäre Gebührenfreiheit der Universitäten nicht zu legitimieren. Wenn es Gebührenfreiheit gibt, dann muss an den Universitäten der Kant'sche kategorische Imperativ gelten. Der Anspruch, Wissenschaft in moralischer, kultureller Verantwortung für die Menschheit bzw. in gesellschaftlicher Verantwortung zu betreiben, ist unerlässlich. Sonst wäre die Uni nurmehr eine Art höherer Berufsfachschule.
- Die im Vorbereitungs-Papier zum Dies aufgeführten Erfolge der jüngeren Vergangenheit (Wieder-Beseitigung der Studiengebühren, Abbau von Restriktionen) sollten nicht zu euphorisch bewertet werden. Universitäten sind immer noch Standortfaktoren im internationalen Wettbewerb. Wenn tatsächlich an Universitäten eine ‚Rehumanisierung‘ im in dem Papier angesprochenen Sinne erfolgt sein sollte, dann wäre eher davon auszugehen, dass sich das Kapital andere Quellen zur Versorgung mit frischem Humankapital erschließt.

DISKUSSION

Es wird die Frage aufgeworfen, inwiefern die Universität nicht grundsätzlich Ort einer gesellschaftlich oppositionellen kritischen Haltung sein müsste.

Das Verständnis von Studium müsse mit der Herausbildung des *citoyen* verbunden sein. Der Anspruch, ein weltbürgerliches Bewusstsein für den gesamten Globus zu entwickeln und mit der eigenen Erwerbstätigkeit zu verbinden, sei oppositionell zu den derzeitigen Verhältnissen.

Auch wenn das Gesamt-System kritisiert wird, sollten schrittweise Verbesserungen erstrebt werden. Um die Gesellschaft verändern zu können, brauche es jedoch Menschen, die sie verändern wollen.

Erstsemestern müsse dabei geholfen werden, die anfängliche Panik – 'Bestehe ich den nächsten Test?', 'Fliege ich wieder aus dem Studium?' – ablegen zu können.

„Rousseau würde sagen: Da sitzen lauter Sklaven. – Eigentlich sollten da aber Leute sitzen, die kämpferisch das Gemeinwesen auf Vordermann bringen.“ Daraus folgt: Die Disziplinierungsfunktionen des aktuellen Studiensystems müssten zurückgedrängt werden.

Im Gegensatz dazu war der frühere Magister-Studiengang sehr wenig reguliert.

Hier bestand aber das Problem, dass einige Studierende mit diesem Maß an Freiheit der Studiengestaltung nicht zurechtkamen.

Schlussfolgerung: Das Ziel müsste sein, einerseits maximale Offenheit zu gewährleisten, aber gleichzeitig Angebote zur Strukturierung zu machen.

Die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse müsse mit Veränderung der Universitäten einhergehen und umgekehrt.

Es werden folgende Fragen aufgeworfen:

Wie kann befördert werden, dass von Studis erkannt und befürwortet wird, dass sie gesellschaftliche Verantwortung haben? Wie kann eine entsprechende Bewusstseinsentwicklung befördert werden?

Im Hinblick auf die ökonomische Verwertung von Forschungsergebnissen: Muss die Universität nicht auch der Gesellschaft etwas zurückgeben?

Es wird darauf hingewiesen, dass das Kapital nicht die Gesellschaft ist. Die Frage sei, wie Wirtschaft anders organisiert werden könne als über das Kapitalverhältnis. Ökonomie müsse nicht auf Gedeih und Verderb eine kapitalistische Wirtschaftsweise sein. Ein massives Problem liege gegenwärtig darin, dass Konzerne und Zusammenschlüsse von Konzernen Staaten ihre Bedingungen oktroyieren könnten (siehe Freihandelsabkommen).

Anschließend wird über die Bewertung von Angst im Studium diskutiert. Sollte sie als natürlich begriffen werden, da sie aus Kindergarten und Schule ebenfalls bekannt ist? Und: Ist der Kapitalismus die natürlichste aller Wirtschaftsformen?

Es wird die These geäußert, dass es unter den Studierenden zwei Interessensgruppen gebe: Einerseits diejenigen, die auf Allgemeinbildung aus sind, und andererseits diejenigen, die möglichst gute Noten haben wollen und den Fokus auf ihren unmittelbaren Vorteil richten.

Frage: Sollte man die beiden Gruppen aufteilen? Oder: Wie kann Koexistenz ermöglicht werden?

In der Diskussion wird die These vertreten, dass die Universitäten zur (weiteren) Humanisierung der Gesellschaft beitragen könnten und dass von ihnen ausgegangen werden sollte, um die Gesellschaft entsprechend zu verändern. In diesem Zusammenhang wird auf Thomas Mann („Deutsche Hörer“) verwiesen, der davon berichtete, dass die deutsche Armee im 2. Weltkrieg in den überrannten Ländern zunächst die Universitäten schloss und dafür sorgte, dass dort die Arbeit eingestellt wurde.

Auf die Frage, wie kritisches Denken befördert werden kann, wird dafür plädiert, Studierende als Mitglieder der Uni und nicht als Schüler zu betrachten.

Ein Teilnehmer der Diskussion plädiert dafür, die Heterogenität der Studierenden nicht als Problem, sondern als Reichtum aufzufassen. Im derzeitigen System hätten Unis zwar auch die Aufgabe, zu selektieren; sie hätten aber die Chance, eine Reflexion ihrer Selektionsfunktion zu leisten. Wichtig dafür sei nicht zuletzt der Kontakt zwischen den Studierenden.

Es fällt der Satz: „Klausuren sind eine Wissensvernichtungsmaschine.“

Die Universität wird als eine „Kommune innerhalb dieser Welt“ beschrieben und die Studierenden werden dazu aufgefordert, ihre Rolle als Mitglieder anzunehmen und auszuüben.

Anschließend wird (in Anknüpfung an die obige Diskussion über Ausbildung für den Erwerb des Lebensunterhalts) die Bestimmung des Begriffs „Bourgeois“ diskutiert.

Ingrid Lohmann führt aus, dass das Individuum im frühbürgerlichen Begriffsverständnis als Eigentümer seiner selbst als Person und seines (materiellen wie ideellen) Vermögens konzipiert wurde (etwa bei John Locke). Dies schloss bei Besitzlosen auch ihre Freiheit ein, auf vertraglicher Grundlage die eigene Arbeitskraft zu verkaufen (dies unterscheidet sie von Sklaven). Die Differenz zwischen besitzenden (über Produktionsmittel verfügenden) und besitzlosen Eigentümern wurde mit dem Konstrukt der formalen Rechtsgleichheit überdeckt.

Darauf wird erwidert, dass der Großteil der Studierenden sich in der Lage klassischer Erwerbsabhängiger befände und damit subaltern sei. Insofern wird als plausibler bewertet, den Proletarier und den Citoyen (Staats- bzw. Weltbürger) an den Universitäten konzeptuell zusammenzubringen.

Anschließend wird darauf verwiesen, dass wir es heute nicht mehr mit der Bourgeoisie alter Art bzw. dem klassischen Bürgertum zu tun hätten. Dieses habe mit der Konfiguration der Nationalstaatlichkeit zusammengehungen. Heute stünde „auf der anderen Seite der Barrikade“ eine neuartige Klasse oder Schicht von Superreichen, Hedgefonds-Managern, Ölscheichs etc. Der Zusammenschluss unter Studierenden könne dem gegenüber durchaus als proletarisches Element bewertet werden. Jemand wirft ein, dass Hardt/Negris Begriff der „Multitude“ hier passender sei.

Von einem Teilnehmer wird darauf hingewiesen, dass ein Selektionsprozess an den Universitäten sich an der Studienabbruchquote zeige. Als Problem wird die Heterogenität der Studierendenschaft bzw. die Überforderung der heutigen Universität damit bewertet und die

Frage aufgeworfen, ob es an den Universitäten nicht gesonderte Möglichkeiten zur expliziten Persönlichkeitsbildung geben müsse.

Ein weiterer Teilnehmer weist darauf hin, dass es sehr viele Möglichkeiten gebe, sich in der Fachschaft zu organisieren. Demgegenüber wird es als hinderlich beschrieben, zu versuchen, das Studium als Einzelkämpfer zu bestreiten. Als für die Bildung insgesamt und die Persönlichkeitsbildung insbesondere wesentliches Moment wird zwischenmenschliche Interaktion gekennzeichnet.

Als eine sinnvolle Maßnahme, um der Heterogenität der Studierenden Rechnung zu tragen, wird der Vorschlag geäußert, die Bachelor- und Master-Studiengänge pro forma weiter bestehen zu lassen, aber unter diesem Dach die flexibleren Strukturen der Diplom- und Magister-Studiengänge wieder einzuführen.

Demgegenüber wird die Auffassung vertreten, Prüfungen seien alternativlos und die kontinuierlichen Prüfungen im BA/MA-System stellten eine gute Rückmeldemöglichkeit dar.

Es wird weiterhin dafür gesprochen, dass nicht alle bestehenden Probleme mit einer Studienreform gelöst werden können. Als eine Antwort auf die Heterogenität der Studierenden einerseits und die Verängstigung vieler zu Beginn des Studiums wird das Stiften von Solidarität und solidarischen Strukturen benannt. Als eine Form, die sie potentiell hervorbringen könne, wird auf die (historisch erkämpften) Orientierungseinheiten in studentischer Verantwortung verwiesen.

Die medizinische Fakultät wird von einem Teilnehmer des Workshops als Fakultät, die das System Angst perfektioniert habe, benannt. In der Medizin entferne man sich maximal vom Konzept der Bildung und notwendigen Reflexion ethischer Fragen. Dies gelte auch für den iMed-Reformstudiengang: Alles sei vorgegeben und durchstrukturiert. Für die Beschäftigung mit Allgemeinmedizin sei nicht viel Platz.

Als weitere zu diskutierende Fragen werden genannt:

Wie können die unterschiedlichsten Studierende dazu veranlasst werden, sich als Weltbürger/in in gesellschaftlicher Verantwortung zu verstehen und bilden zu wollen?

Wie können diejenigen, die stärkeren Ausbildungsfokus haben, eingebunden werden?

Die Ausrichtung an dem früheren Studiensystem wird als sinnvoll bewertet. Als eine Schwierigkeit in diesem Zusammenhang wird der an das Studieren in „Regelstudienzeit“ gebundene Bafög-Anspruch genannt. Zudem sollten aktuelle Kämpfe und Auseinandersetzungen in der Stadt von den Studierenden insgesamt stärker berücksichtigt werden.

Ein Teilnehmer spricht sich dafür aus, dass ein Studiensystem mit möglichst wenig Reglementierung, in dem jedoch begründete Empfehlungen zur Orientierung angeboten werden, erstrebenswert sei.

Weiterhin sei die Möglichkeit zur Assoziation in Gruppen zu fördern; seien jegliche endgültigen Selektionsmechanismen abzuschaffen.

Eine Teilnehmerin betont die Wichtigkeit des Erkennens von gemeinsamen Problemen und Interessen und die Assoziation und den gemeinsamen Kampf als Antwort darauf.

Wenn die Universität und die an ihr praktizierte Forschung und Lehre als gemeinsame Angelegenheit behandelt werden sollen, dann sei eine sinnvolle Forderung die nach einer Viertelparität der einzelnen Mitgliedergruppen in den Gremien auf Fachbereichs- und Fakultätsebene. Zudem beinhalte das neue Hochschulgesetz die Möglichkeit, wieder Fachbereichsräte einzuführen. Diese Möglichkeit solle genutzt werden.

Es wird darauf hingewiesen, dass der Umstand, dass mehr und mehr nur auf Klausuren hin gelernt wird, auch für die Lehrenden ein Problem sei. Daran etwas zu ändern, sei im Interesse aller.

Ein Teilnehmer nennt folgende Punkte, die im Rahmen der weiteren Studienreform gefördert werden sollten: die Interdisziplinarität der Studiengänge, die Persönlichkeitsbildung der Studierenden, eine erfahrungsbezogene Reflexion über die eigenen Wünsche und Ziele, der Umgang mit Konflikten sowie Selbstorganisation.

In Bezug auf die Empfehlungen für die Weiterentwicklung der Studiengänge wird geäußert, dass das Studium derzeit zwar in hohem Maße durch Zwang geleitet sei, jedoch noch nicht alle innerhalb des BAMA-Systems bestehenden Möglichkeiten der Aufhebung dieser Zwänge ausgelotet worden seien. Die Studienstrukturierung sollte (ähnlich wie ehemals im Magister-Studiengang) über hilfreiche Empfehlungen vorgenommen werden und nicht über Zwang. Die Orientierungseinheiten werden erneut als wichtige Elemente des Einstiegs in ein solches Studiensystem gekennzeichnet: Ermöglichen und begründen statt vorschreiben.

Es wird Kritik am Credit Point-System geäußert, das hilfsweise als formale Hülle bestehen bleiben könne, der Bildungsorientierung jedoch von seiner inneren Logik her entgegen stehe. Selbstreflexion etwa könne man nicht mit Credit Points abrechnen.

In Bezug auf den politisch festgesetzten Curricularwert, der das zahlenmäßige Verhältnis von Lehrenden und Studierenden betrifft, wird darauf hingewiesen, dass „richtig Stress“ gemacht werden müsse, um hier für bestimmte Fakultäten Verbesserungen zu erreichen.

Es solle und müsse die gesellschaftliche, staatsbürgerliche und globalpolitische Verantwortung der einzelnen Disziplinen spezifisch mitdiskutiert werden, wenn es um die Bestimmung des Verhältnisses von Ausbildung und Bildung geht.

Kontroversen im Workshop

- Inwiefern kann Persönlichkeitsbildung getrennt vom sonstigen Studium realisiert werden oder müssten sie nicht zusammen laufen? (explizite Persönlichkeitsbildung vs. Thematisierung des gesellschaftlichen Stellenwerts)
- Verhältnis von Universität und Gesellschaft: In was für einer Welt leben wir und in was für einer wollen wir leben?
- Inwiefern ist ein Bezug auf die Bewegung der 68er für die aktuelle Auseinandersetzung relevant?
- Freiraum oder gesamtgesellschaftliche Opposition und Veränderung?

Gemeinsame Erkenntnisse

- Verbesserung des Curricularwerts (Verhältnis Studis – Lehrende) und dafür mehr Mittel notwendig.
- Die Disziplinierungsfunktion des aktuellen Studiensystems sollte zurückgedrängt werden.
- Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse muss mit Veränderung der Universitäten einhergehen, und beides muss ineinander greifen.
- Reflexion der gesellschaftlichen Verantwortung der jeweiligen Berufsfelder im Rahmen des Studiums anregen.
- Das „absichtslose Zusammenwirken“ (Humboldt) von Mitgliedern der Uni sollte gefördert werden.

Schlussfolgerungen für die Studienreform

- Abschaffung der Credit Points, hilfsweise das kreative Unterwandern
- maximale Offenheit des Studiums gewährleisten, aber Empfehlungen für die Strukturierung des Studiums machen (Empfehlungen von Studis und Lehrenden gemeinsam erarbeiten)
- hohe Bedeutung der Orientierungseinheiten
- Freiheit der Wahl erhöhen
- Einziehen von Regularien, die den ggf. existierenden existenziellen Druck durch das Nichtbestehen von Prüfungen reduzieren (Regelungen in der Informatik als Bezugspunkt)

- Prüfungen als Instrument sollten neu reflektiert werden – welche sind sinnvoll? Welche unsinnig?
- Fachbereichsräte (mit Viertelparität?) einführen.